

Stellungnahme des Stahl-Zentrums zur Konsultation der EU-Kommission in Vorbereitung auf die für Ende des Jahres angekündigte neue Mitteilung zur Rohstoffsicherheit

Die Konsultation der EU-Kommission ist zu begrüßen. Die Stahlindustrie sieht eine Notwendigkeit für weitere Initiativen zur langfristigen Sicherstellung des Bezugs von nicht-energetischen Rohstoffen für die EU-Wirtschaft und zur Sicherstellung eines politischen Konzepts für die sich ergebenden größten Herausforderungen. Dabei sollte der Schwerpunkt auf internationaler Ebene liegen.

Bei den einführenden Erläuterungen zu den Frageblöcken handelt es sich um übersetzte Kurzfassungen der Einführungen aus dem Fragebogen der Generaldirektion Unternehmen.

I. Politikfeld: Definition kritischer Rohstoffe

In dem Bericht der GD Industrie und Unternehmen wird eine Methodologie entwickelt, um eine Liste mit besonders versorgungskritischen Rohstoffen zu erstellen. Ein Rohstoff wird im Bericht als kritisch eingestuft, sobald das Risiko von Versorgungsengpässen und die daraus resultierenden negativen Einflüsse auf die einheimische Wirtschaft höher sind als bei anderen Rohstoffen. Anhand von drei Indikatoren werden im Bericht 14 kritische Rohstoffe identifiziert und Empfehlungen präsentiert, um die Versorgung mit kritischen Rohstoffen in der EU zu verbessern und Engpässe zu verhindern.

Frage 1: Haben Sie Anmerkungen zum methodologischen Ansatz zur Bestimmung der versorgungskritischen Rohstoffe in der EU? Wenn ja, bitte spezifizieren.

Antwort:

In dem Bericht (S. 25) wird darauf abgestellt, dass die Datenbasis über Unternehmenskonzentrationen im Bereich der mineralischen Rohstoffe begrenzt sei und auf der anderen Seite Unternehmenskonzentrationen ambivalent zu betrachten seien („financial solidity versus market power“). Man habe sich deshalb dazu entschlossen, den Indikator „Unternehmenskonzentration“ bei der Definition kritischer Rohstoffe nicht zu berücksichtigen. Aus Sicht der Stahlindustrie, die auf eine nachhaltige Sicherung der Versorgung u. a. mit Eisenerz angewiesen ist, kann auf einen wettbewerbspolitischen Indikator bei der Identifizierung kritischer Rohstoffe nicht verzichtet werden. Eisenerz wäre daher als „kritisch“ einzustufen. Im Rahmen der Betrachtung der Verfügbarkeitsrisiken von Rohstoffen ist aus unserer Sicht dem Risiko von Unternehmenskonzentrationen (Bildung von Angebotsmonopolen) ein höherer Stellenwert einzuräumen als dem volatilen Wert einer Finanzstabilität.

Auch das Thema „Preisentwicklung“ sollte bei der Definition kritischer Rohstoffe nicht ausgeblendet werden. In den vergangenen Jahren haben sich die Preise für die Rohstoffversorgung der Stahlindustrie in Deutschland massiv nach oben entwickelt. Nachdem sie lange Jahre relativ stabil waren, haben sich die Kontraktpreise für Eisenerz von 2004 bis 2008 mehr als vervierfacht, auf dem Markt für Koks kohle annähernd verfünffacht. Für das zweite Quartal im Jahr 2010 schließen die Preissteigerungen von zuletzt 100 Prozent für Eisenerz und 55 Prozent für Koks kohle wieder nahtlos an die vorangegangene Entwicklung an. Auch die Preise für Stahlschrott haben sich seit Jahresbeginn bis April 2010 um 60 Prozent erhöht. In vergleichbarer Weise sind die Preise für Legierungen angestiegen, etwa die Notierung von Nickel, dem wichtigsten Legierungsmetall der Edelstahlindustrie. Auch wenn sich am aktuellen Rand vereinzelte volatile Ausschläge zeigen, so ist doch die Grundtendenz der Rohstoffpreise für die Stahlindustrie deutlich aufwärts gerichtet. Exorbitante Preissteigerungen sind daher bei der Definition kritischer Rohstoffe zu berücksichtigen.

Frage 2: Haben Sie Ergänzungen zur Liste der 14 kritischen Rohstoffe? Wenn ja, bitte spezifizieren.

./.

Frage 3: Haben Sie Anmerkungen zu den Empfehlungen des Berichts? Wenn ja, bitte spezifizieren.

Antwort:

Die Empfehlungen des Berichts entsprechen im Allgemeinen den Anliegen der deutschen Industrie zur nachhaltigen Sicherung der Rohstoffversorgung. Die Stahlindustrie unterstützt auch den Vorschlag für eine regelmäßige Aktualisierung der Risikobewertung.

Bei der Umsetzung der Empfehlungen sollte sich die EU-Kommission auf unterstützende Maßnahmen beschränken, von verpflichtenden Auflagen, wie z. B. Mindestrecyclinganteilen, sollte unbedingt abgesehen werden. Diese würden Wettbewerbsverzerrungen für die europäische Industrie bedeuten.

Gleichzeitig darf sich die EU-Kommission bei der Umsetzung der Empfehlungen in keinem Fall allein auf die 14 als „kritisch“ identifizierten Rohstoffe fokussieren. Auch bei anderen Rohstoffen sind beträchtliche Verfügbarkeitsrisiken gegeben, die sich sehr schnell zuspitzen und Versorgungsengpässe hervorrufen können. Bei einer Vielzahl von metallischen Rohstoffen (z. B. Eisenerz) verfügen einzelne Förderunternehmen bereits über beachtliche Weltmarktanteile. Weitere Übernahmen und Zusammenschlüsse können zu einem dramatischen Anstieg der Unternehmenskonzentration führen. Verbleibende Anbieter gewinnen so immer mehr Marktanteile, die sie z. B. für Preissteigerungen oder für eine Verengung des qualitativen Angebots nutzen können. Das gegenwärtig zur Prüfung durch die

Wettbewerbsbehörden anstehende Joint Venture der Eisenerzabbauaktivitäten von BHP Billiton und Rio Tinto in Westaustralien könnte solche Auswirkungen haben. Es wäre daher zu begrüßen, wenn die EU-Kommission das Joint Venture untersagte. Da die beiden Unternehmen für einen Anteil von über 70 Prozent auf dem Tiefseemarkt stehen, würde anderenfalls der Eisenerzmarkt weiter erheblich konzentriert mit möglichen besorgniserregenden Folgen für z. B. die Verfügbarkeit der in der Stahlerzeugung erforderlichen Qualitäten und die Preisentwicklung. Die Entwicklung der Eisenerzpreise im bisherigen Verlauf des Jahres 2010 würde noch verschärft.

Problematisch ist die Situation ebenfalls bei Metallschrotten, die für die Elektrostahlerzeugung, als Kühlschrotte für die Hochofenroute, zur Schonung der Ressourcen und für die Energieeffizienz, in toto also für die Wettbewerbsfähigkeit der Stahlindustrie unverzichtbar sind. Hier ist es in den vergangenen Jahren durch Ausfuhrbeschränkungen und Importsубventionen anderer, bedeutender Rohstoffnachfrageländer für die europäische Industrie bereits zu De-facto-Engpässen gekommen. Der Rohstoffbezug ist politisch abzusichern durch eine integrierte Politik, d. h. durch eine Verzahnung von Europapolitik, Außen-, Außenwirtschafts- und Handelspolitik, Wettbewerbspolitik sowie Entwicklungspolitik. Innerhalb der Europäischen Union sollte zunächst insbesondere bei den rechtlichen Rahmenbedingungen für Sekundär- und nachwachsende Rohstoffe übermäßige Reglementierungen abgebaut werden. Dringend erforderlich ist in diesem Zusammenhang z. B. die Definition von Abfallende-Kriterien für Stahlschrott gem. Artikel 6 der Abfallrahmenrichtlinie.

Ebenso besteht die Gefahr, dass bei fehlender Kompatibilität von Rohstoffgewinnung und Naturschutz in Europa Versorgungsengpässe bei heimischen Rohstoffen eintreten werden.

Im Rahmen der Außen-, Außenwirtschafts- und der Handelspolitik sollte wettbewerbsverzerrenden Praktiken entgegengewirkt, Protektionismus eingedämmt und internationale Märkte geöffnet bzw. offen gehalten werden. Die Entwicklungspolitik der Industrieländer muss u. a. in den Entwicklungs- und Schwellenländern auf Rechtssicherheit, Investitionsschutz, den Abbau von Exportbeschränkungen sowie auf die Anerkennung und Praktizierung internationaler Standards, wie sie z. B. zur Gewinnung von Rohstoffen in der Europäischen Union bestehen, hinwirken.

Frage 4: Kennen Sie Initiativen in Ihrem Land, welche die Versorgungsrisiken bestimmter Rohstoffe analysieren und einschätzen? Wenn ja, bitte kurz beschreiben.

./.

Frage 5: Das Funktionieren der Rohstoffmärkte ist nicht Gegenstand des Berichts. Sollten Ihrer Einschätzung nach weitere Analysen zum Funktionieren der globalen Rohstoffmärkte erfolgen; haben Sie Vorschläge zur Verbesserung ihrer Transparenz?

Antwort:

Wie schon ausgeführt, eröffnet die hohe Konzentration auf den Rohstoffmärkten, wie etwa für Eisenerz, den Anbietern erhebliche Spielräume bei der Preissetzung und stellt aus Sicht der Stahlindustrie ein zentrales Problem der Rohstoffversorgung dar. Analysen über das Funktionieren der globalen Rohstoffmärkte können sich daher als sinnvoll erweisen, solange sie mit bereits bestehenden Analysen etwa der Generaldirektion Handel abgestimmt sind.

Frage 6: Soll die EU ein System der Rohstoffbevorratung für kritische Rohstoffe vorschlagen? Wenn ja, soll dies auf nationalstaatlicher oder gemeinschaftlicher Ebene erfolgen?

Antwort:

Der Rohstoffbezug ist aus Sicht der Stahlindustrie in Deutschland allein Aufgabe der Wirtschaft. Es ist und bleibt die Aufgabe der Unternehmen, durch strategische Ausrichtung und Wahrnehmung der bestehenden Handlungsspielräume ihre Rohstoffversorgung bestmöglich zu sichern. Flankierend ist von staatlicher Seite dafür zu sorgen, dass insbesondere in den Entwicklungsstaaten politisch verlässliche Rahmenbedingungen bestehen (z. B. Schutz der Eigentumsrechte, Garantie der Vertragsfreiheit, Durchsetzung von Rechtsansprüchen).

Staatliche Rohstoffbevorratung ist aus verschiedenen Gründen abzulehnen. So wird durch staatliche Lagerhaltung eine zusätzliche Verzerrung der Preise verursacht. Zudem beeinträchtigt staatliche Rohstoffbevorratung die Transparenz von Angebot und Nachfrage und damit das Funktionieren der Märkte. Die EU-Kommission sollte sich gemeinsam mit den Mitgliedstaaten darauf konzentrieren, die politischen und wettbewerblichen Störungen der Rohstoffverfügbarkeit zu beseitigen, damit die Unternehmen ihre Rohstoffversorgung sichern können.

II. Politikfeld: Handel

Ziel der Rohstoffinitiative ist die Entwicklung einer europäischen Strategie zur nachhaltigen Versorgung der europäischen Industrie mit Rohstoffen unter fairen Bedingungen. In diesem Zusammenhang spielen die handelspolitischen Rahmenbedingungen eine entscheidende Rolle. Die GD Handel hat kürzlich ihren Tätigkeitsbericht aus dem Jahr 2009 zum Thema Rohstoffe¹ abgeschlossen, in dem die Fortschritte im Rahmen der „*trade raw materials strategy*“ zusammengefasst werden.

Frage 7: Wird dem Thema Handel in der Europäischen Rohstoffinitiative ein adäquater Stellenwert beigemessen?

Antwort:

Die Stahlindustrie in Deutschland begrüßt die großen Anstrengungen, die seit Beginn der Rohstoffinitiative zum Abbau der weitreichenden Handelsbeschränkungen anderer Länder bei Rohstoffen von der GD Handel unternommen wurden. Der dreistufige Ansatz

1. Verbesserung der Regeln gegen Handels- und Wettbewerbsverzerrungen bei Rohstoffen,
2. Durchsetzung bestehender Regeln und Vereinbarungen,
3. Ausweitung des internationalen Dialogs zu Handelsregeln bei Rohstoffen mit anderen Ländern

findet die volle Unterstützung der deutschen Stahlindustrie.

Mit den Vereinbarungen zum Abbau von Exportbeschränkungen bei Rohstoffen, die in den WTO-Beitrittsverhandlungen Anfang 2009 mit der Ukraine erzielt wurden, ist ein erster wegweisender Erfolg erzielt worden. Die Anrufung der WTO zu den Verstößen Chinas gegen bestehende Vereinbarungen zu Ausfuhrbeschränkungen bei Rohstoffen, ist ebenfalls Ausdruck der konsequenten Umsetzung der Kommissions-Strategie.

Verbesserungsbedarf wird bei der Umsetzung der angekündigten Rohstoffdiplomatie gesehen, mit der Ausfuhrbeschränkungen bei Rohstoffen vonseiten der Außen-, der Handels- und der Entwicklungspolitik der EU gemeinsam begegnet werden soll. Die drei Generaldirektionen sollten gemeinsam und in koordinierter Form auf den Abbau von Handelsbeschränkungen bei Rohstoffen hinwirken und mit „einer Stimme“ sprechen, damit die EU-Strategie ihre volle Wirkung entfalten kann.

¹ http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2010/june/tradoc_146207.pdf

Frage 8: Haben Sie Anmerkungen zum Tätigkeitsbericht der GD Handel? Welche Aktivitäten sollen eine Priorisierung erfahren? Gibt es aus Ihrer Sicht weitere wichtige Aktivitäten, welche in dem Bericht keine Beachtung gefunden haben?

./.

Frage 9: Bitte identifizieren Sie wichtige handelsverzerrende Maßnahmen (z.B. Exportbeschränkungen) im Rohstoffsektor, welche weiterverfolgt werden müssen.

Antwort:

Angesichts starker Preissteigerungen und akuter Versorgungsengpässe ist der Rohstoff-Protektionismus seit Jahren weltweit auf dem Vormarsch. Vorreiter ist China, das bei Kohle und Koks sowie bei nahezu allen wichtigen Metallen umfangreiche Exportrestriktionen eingeführt hat. In die Nachahmerrolle gerät zunehmend Indien, das in den letzten Jahren beim Eisenerz und bei wichtigen Metallen Exportbarrieren aufgebaut hat. Ein besonders breites Anwendungsfeld finden Handelshemmnisse im Bereich Stahlschrott, für den aktuell in mehr als 20 Ländern Exportrestriktionen in Kraft sind. Die protektionistischen Maßnahmen behindern den freien Zugang zu Rohstoffen und verzerren den Wettbewerb mit den Unternehmen der betreffenden Länder. Konkrete Informationen lassen sich der regelmäßig aktualisierten Übersicht des BDI entnehmen, zu der auch die Stahlindustrie in Deutschland beiträgt.

Wettbewerbsbeschränkende Subventionen, wie z. B. das „Double Pricing“ – bei dem Rohstoffe im Inland infolge staatlicher Maßnahmen billiger angeboten werden als beim Export – sollten untersagt werden. Vergleichbares gilt für das „Leerkäufen“ von Rohstoffländern mit Hilfe öffentlicher Gelder.

Frage 10: Kennen Sie nationalstaatliche Initiativen, deren Ziele mit den Zielen des Tätigkeitsberichts der GD Handel übereinstimmen, wie z.B. Entwicklung einer Rohstoffdiplomatie oder Unterstützung von Unternehmen bei Auslandsaktivitäten im Rohstoffbereich?

./.

III. Politikfeld: Entwicklung

Die Mitteilung zur Europäischen Rohstoffinitiative aus dem Jahr 2008 hebt hervor, dass es zu einer engen Verzahnung von Entwicklungszusammenarbeit und Rohstoffpolitik kommen sollte. Diese Verzahnung betrifft primär drei Bereiche:

- Ø Stärkung der Rechtsstaatlichkeit
- Ø Förderung eines gesunden Investitionsklimas, um eine nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen sicherzustellen
- Ø Förderung eines nachhaltigen Umgangs mit Rohstoffen.

Bei einem Treffen der Europäischen Kommission und der Kommission der Afrikanischen Union (2010) wurde eine bilaterale Kooperation im Rohstoffbereich vereinbart unter besonderer Berücksichtigung der *Africa Mining Vision* (Februar 2009) und der *Europäischen Rohstoffinitiative* (Dezember 2008).

Frage 11: Welche Maßnahmen sind in folgenden Bereichen besonders relevant:

- Ø verantwortungsvolle Regierungsführung,
- Ø Infrastruktur und Investitionen,
- Ø geologische Kenntnisse und Qualifikationen?

./.

Frage 12: Welche Maßnahmen soll die EU zur Förderung der Einkommenstransparenz in der Bergbauindustrie in rohstoffreichen Ländern ergreifen? Welche Meinung haben Sie zu bereits bestehenden Transparenzinitiativen wie EITI?

./.

Frage 13: Welche Ziele, Vorgaben und Ergebnisse soll eine Partnerschaft der Europäischen Union mit der Afrikanischen Union beinhalten?

./.

Frage 14: Besteht die Notwendigkeit, Holz als Rohstoff im Rahmen der Entwicklungspolitik zu berücksichtigen; wenn ja, welche Aspekte müssen analysiert werden?

./.

Frage 15: Welche Initiativen bestehen im eigenen Land bezüglich Exploration und Exploitation von Minen in Entwicklungsländern; besteht die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung und Förderung solcher Maßnahmen auf EU-Ebene?

./.

IV. Politikfeld: Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen in der EU

Vor der Sommerpause 2010 soll ein Dokument der GD Umwelt veröffentlicht werden zur möglichen Vereinbarkeit von Anliegen des Naturschutzes und der Gewinnung von nichtenergetischen Rohstoffen in oder in der Nähe von Natura 2000-Gebieten.²

Ferner wurde bereits ein Bericht vorgelegt zur Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen zur Planung von Flächennutzungen. Beabsichtigt ist zudem eine Verbesserung der regulatorischen Bedingungen zur Exploration und Förderung von Rohstoffen.³ Behandelt werden im Bericht folgende Themen:

- Ø Politik im Bereich der mineralischen Rohstoffe
- Ø Politik der Flächennutzung bei mineralischen Rohstoffen
- Ø Bewilligungs- und Genehmigungsverfahren
- Ø Erreichen von technischer, umwelttechnischer und sozialer Spitzenleistung
- Ø Verbesserung der geologischen Kenntnisse in der EU
- Ø Bessere Informationsvernetzung im Rahmen des *GMES Land Service*.

Frage 16: Stimmen Sie zu, dass dies die wichtigsten Herausforderungen in diesem Politikfeld sind? Wenn nicht, bitte spezifizieren.

Antwort:

Die Europäische Kommission hat in ihrer Mitteilung 2008 (699) von November 2008 richtigerweise die mangelnde Vereinbarkeit von Anliegen der Rohstoffgewinnung und des Naturschutzes im Rahmen des Natura 2000-Schutzregimes als eines der größten Schwierigkeiten für die Gewinnung von Primärrohstoffen in Europa eingestuft.

Der Entwicklung eines Leitfadens zur Vereinbarkeit der nicht-energetischen Rohstoffgewinnung mit den Natura 2000-Richtlinien durch die EU-Kommission war ein richtiger Schritt. Es muss nun abgewartet werden, ob sich der kürzlich fertig gestellte Leitfaden in der Praxis bewährt und den Zugang zu Rohstoffen in und nahe Natura 2000-Gebieten verbessern hilft.

Frage 17: Welche weiteren Ansätze sollten von der Kommission verfolgt werden?

Antwort:

Damit der Zugang zu Rohstoffen durch die Ausweisungen von Naturschutzgebieten nicht generell beschränkt wird, sollte die EU-Kommission die FFH- und Vogelschutzrichtlinie so anpassen, dass bei der Ausweisung von Schutzgebieten ökologische, ökonomische und soziale Belange gleichrangig berücksichtigt werden.

² <http://ec.europa.eu/environment/nature/natura2000/>

³ http://ec.europa.eu/enterprise/policies/raw-materials/sustainable-supply/index_en.htm

Frage 18: Unterstützen Sie die Empfehlungen des Berichts “Exchanging Best Practice on Land Use Planning, Permitting and Geological Knowledge Sharing”; haben Sie Ergänzungen?

./.

Frage 19: Wäre es hilfreich, einen geologischen Dienst auf europäischer Ebene zu gründen, welcher auf dem Netzwerk der geologischen Dienste der Mitgliedsstaaten basiert?

./.

Frage 20: Besteht die Notwendigkeit weiterer Analysen der regulatorischen Rahmenbedingungen für Holz und/oder Altpapier?

./.

V. Politikfeld: Förderung von Fachkenntnissen und Forschung, Entwicklung und Innovation

Die Qualifikationen müssen nicht nur im Bereich des Bergbaus gefördert werden, sondern auch in anderen Bereichen des Rohstoffsektors – siehe ERASMUS MUNDUS (Minerals and Environment Programme).

Fokussierte Forschungsaktivitäten sind erforderlich in den Bereichen der innovativen Explorations- und Extraktionstechnologien, des Recycling, der Materialsubstitution und der Ressourceneffizienz. Beispiele: *European Technology Platform on Sustainable Mining* und das *7th Framework Programme for Research, Development and Innovation*. Die Kommission fördert in diesem Rahmen die Zusammenarbeit zwischen Forschungsinstituten und Industrie.

Fachkenntnisse

Frage 21: Welche Maßnahmen sind erforderlich, um die Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Universitäten und Behörden bei der Ausbildung von Fachkräften im Bereich Bergbau und Rohstoffe zu verstärken?

./.

Forschung, Entwicklung und Innovation

Frage 22: Kennen Sie bestehende nationale, regionale oder lokale Programme in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation?

./.

Frage 23: Wo sehen Sie akuten Handlungsbedarf zu Forschung, Innovation und Entwicklung im Rohstoffsektor?

Antwort:

Forschung sollte die Verbesserung von „Recovery und Recycling“-Aktivitäten zum Ziel haben. Darüber hinaus sollte durch Forschung die Verwendung von Nebenprodukten aus Prozessen im Fokus stehen und weniger die Nutzung primärer Rohstoffe.

Frage 24: Haben Sie einen Vorschlag aus dem Bereich Forschung und Innovation, welcher einen höchst positiven Einfluss auf die Rohstoffversorgungssicherheit der europäischen Industrie haben könnte?

./.

Frage 25: Kennen Sie innovative Explorations- und Förderungstechnologien, wo Projektpartnerschaften auf europäischer Ebene erforderlich sind? Wenn ja, geben Sie bitte eine detaillierte Antwort.

./.

Frage 26: Besteht Förderungsbedarf für andere Rohstoffe (wie z.B. Holz) in den Bereichen Ausbildung, Forschung und Entwicklung und Innovation? Wenn ja, bitte spezifizieren.

./.

VI. Politikfeld: Ressourceneffizienz und Recycling

Die Europäische Rohstoffinitiative (2008) hat festgestellt, dass eine verstärkte Verwertung von Sekundärrohstoffen zu einer Erhöhung der Versorgungssicherheit und der Energieeffizienz in Europa beitragen kann. Um illegalen Exporten von Abfällen entgegenzuwirken, muss die Umsetzung der „Waste Shipment Regulation“ sowie die Einhaltung der Verwertungsstandards verbessert werden. Auch die statistischen Informationen zu Sekundärrohstoffen müssen verbessert werden.

Frage 27: Welche weiteren Maßnahmen (abgesehen von der Umgestaltung der WEEE-Richtlinie) müssen implementiert werden, um einen illegalen Export von Abfällen wirksam einzuschränken?

Antwort:

Die Abfallrahmenrichtlinie (AbfRRL) zielt darauf, Abfälle zu vermeiden oder einer möglichst hochwertigen Verwertung zuzuführen. Ein Recycling unter stofflicher Nutzung des Wertstoffes ist dabei generell jeder anderen Verwertungsform vorzuziehen. Das Recycling ist folglich durch geeignete Kriterien für das Ende der Abfalleigenschaft zu fördern anstatt Hürden aufzubauen, welche den Bürokratismus im Verwertungsprozess zusätzlich erweitern. Dieses Petition wird auch vom Joint Research Center (JRC), der Forschungseinrichtung der Europäischen Kommission, in dessen Ende 2009 vorgelegtem Arbeitspapier geteilt.

Die Stahlindustrie ist mit weltweit etwa 500 Mio. t/a in den Kreislauf zurückgeführtem Eisen- und Stahlschrott einer der wichtigsten Recycling-Sektoren. Es existiert unbestritten ein reibungslos funktionierender Markt für Stahlschrotte. Die Stahlindustrie in Deutschland befürwortet daher, Stahlschrotte aus dem Abfallregime zu entlassen, die Rahmenbedingungen für das Recycling so zu verbessern, Recycling-Märkte zu stärken und illegale Exporte von Abfällen zu unterbinden.

Frage 28: Inwiefern müssen die statistischen Informationen zum Handel mit und Recycling von Produkten verbessert werden, die Sekundärrohstoffe beinhalten?

./.

Frage 29: Haben Sie gravierende Probleme im Zusammenhang mit Altpapier identifiziert? Welche Aspekte müssen näher analysiert werden?

./.

Düsseldorf, 16.09.2010